

Fadegrad



von
Roland Scheck

Explosive Langeweile

Der Stadtrat hat etwas getan, was man nicht einmal dem naivsten Gutmenschen zutrauen würde. Er weibelte in Bern und bat darum, dass die Stadt Zürich ein Bundesasylzentrum erhält. Das BFM liess sich nicht zweimal bitten und so startete anfangs 2014 der Testbetrieb auf dem Juch-Areal in Zürich-Altstetten. Die Asyl-Organisation Zürich (AOZ) wurde mit der Unterbringung der Asylsuchenden beauftragt und gewährleistet gemäss Leistungsvereinbarung, dass die Asylsuchenden ihre Termine bei den Behörden und der Rechtsvertretung sowie Arzt- und Spitaltermine wahrnehmen.

Mit dem Betrieb des Bundesasylzentrums sicherte sich der Mischkonzern AOZ einen langfristigen Grossauftrag. Im Wissen um den Weltverbesserungsdrang des rot-grünen Stadtrats wittert die Asylindustrie aber noch mehr Marktpotential. Den Weg dazu versucht die selbsternannte Menschenrechtsorganisation «augenau» zu ebnen. Sie prangert das Zentrum Juch öffentlich an und spricht von einem «wahren Dichtestress» während 24 Stunden am Tag, den die Bewohner in der Unterkunft erdulden müssten. Laut «augenau» käme es zu Konflikten zwischen den Männern, besonders während der Essenszeiten. Auch von sexuellen Belästigungen durch alleinstehende Männer ist die Rede. Alles Dinge, die in der Bevölkerung kaum jemanden mehr überraschen. Keine Überraschung ist auch, dass die Organisation «augenau» die Schuld für die Vorfälle nicht bei den Tätern, sondern bei uns Gastgebern sucht. Insbesondere seien die Beschäftigungsmöglichkeiten für die Asylsuchenden ungenügend, was zu einer «explosiven Langeweile» führe.

Dichtestress wird der Schweizer Bevölkerung zugemutet, für Asylsuchende geht das hingegen gar nicht. Aber Augen auf, schauen wir bei den Vorwürfen von «augenau» etwas genauer hin. Die gerügten ungenügenden Beschäftigungsmöglichkeiten, welche angeblich zu einer «explosiven Langeweile» führen sollen, sehen im Zentrum Juch wie folgt aus: Fitnessraum (mit Zeitfenstern nur für Frauen), Basketballkorb und Fussballtore, Benutzung einer nahegelegenen Turnhalle, Benutzung eines Sportplatzes, Internet-Raum mit Computern (täglich dreizehn Stunden geöffnet, vormittags nur für Frauen), sechs Aufenthaltsräume mit international bekannten Spielen, Aufenthaltsraum mit Billard und Tischfussball, Fernsehraum mit grossem Bildschirm, separater Aufenthaltsbereich nur für Frauen und Kinder, Andachtsraum, soziokulturelle Angebote des Gemeinschaftszentrums Grünau und der Kirchgemeinde Zürich-Altstetten.

Alles gratis notabene. Vom Steuerzahler bzw. bezahlt. Vielleicht sollten wir uns bei den an Leib und Leben gefährdeten Asylsuchenden entschuldigen, dass wir ihnen eine derartige Langeweile aufbürden. Das wiederum wäre aber nicht im Sinne der Asylindustrie. Diese will mehr Aufträge.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Rot-grüne Verkehrs-Zwänger: von Mausefallen zu Fangeisen

Im Zürcher Stadtparlament feiert die rot-grüne Bevormundungspolitik wieder Urständ: alles scheint gut, was gegen die Autos geht und wer den öffentlichen Verkehr benutzt, gerät nur zu leicht auch unschuldig in die Mausefalle der Kontrollen; und für die Automobilisten hat man dafür Fangeisen ausgelegt. Eine kleine Welt der grünen Zwänger – derweil geschieht das Wesentliche in der Welt draussen.



Bernhard im Oberdorf
Gemeinderat SVP
Zürich 12

Eigentlich fliegen uns genau ein Vierteljahrhundert nach dem Berliner Mauerfall einige Teile der Welt um die Ohren: In Europa führt die Naivität der EU gegenüber den Russen dazu, dass diese in der Ukraine unter dem Teppich einen verdeckten Krieg führen können; weiter in der Ferne treiben islamistische Brutalos und Sektierer dank westlicher Unentschlossenheit ihr Unwesen und können auch hierzulande eine Gefahr werden. Doch in Zürich gehen die rot-grünen Autodachschneider munter ans Werk.

Autofeindlichkeit im Schafspelz

So war es eine Sitzung zum Heulen – kurz und ärgerlich als Bühne der Autofeinde. Das fing an mit einem Postulat der Grünliberalen, die zur Verbesserung der Sicherheit auf den Trottoirs eine Aufwertung der Velobahn veranlassen wollen. Da steht natürlich die Behinderung der Autofahrer durch ausufernde Velostreifen im Hintergrund des Ansinnens, das auch dem Rowdytum der Velofahrer (der Schreibung wurde schon viermal vor der Haustüre auf dem Trottoir angefahren) keine Abhilfe schaffen kann. Natürlich fand der Unfug in diesem Rat eine Mehrheit.

Ähnlich ging es mit einem Postulat der Grünen, das die ersatzlose Streichung der Parkplätze auf dem Prediger- und dem Zähringerplatz fordert. Natürlich widerspricht dies allen Vereinbarungen betreffend den Erhalt der Parkplätze. Schon auf dem Münsterhof werden die Parkplätze verschwinden; doch das hat nur neue grüne Befindlichkeiten geweckt, die

in ganz unökologischer Art in Masslosigkeit ausarten – das ist offenbar grün genug, wenn es nur gegen das Auto geht. So wurde auch dieser Vorstoss überwiesen – hätte jemand Vernunft erwartet, wenn auch die Grünliberalen im giftgrünen Sumpf waten.

Das passt ganz in den Rahmen, wenn man die Benutzer des ÖV drangsaliert und die Autofahrer verprügelt – da gäbe es auch einiges auszumisten. Wer die Mobilität liebt, muss sich in Acht nehmen: Es werden Fangeisen und Mausefallen ausgelegt; je mehr der Privatverkehr mit Fangeisen drangsaliert wird, desto unerbittlicher können die Mausefallen im öffentlichen Verkehr ausgelegt werden.

Von den Mausefallen ...

Wer also glaubt, mit der Benutzung von Bus und Tram in der Stadt Zürich ein ökologisches Zeichen zu setzen, sieht sich – wenn es das Pech will – mit der Peitsche jener konfrontiert, die sich «Kundenberater» nennen und gelegentlich mit dem Kastenwagen «Troubleshooter» (oder «Troublemaker») im Stile eines Rollkommandos über die Kunden herfallen. Klar doch, dass man den notorischen Schwarzfahrern das Handwerk legen soll. Bloss werden nur zu oft auch Korrekte und Unschuldige das Opfer der Erschleicher einer Leistung.

Nur zu oft kann es vorkommen, dass man das unpersönliche Abo (wie Tages- und Regenbogenkarte) irrtümlich nicht bei sich hat, weil man es liegen liess oder die Jacke, wo es drin steckt, gewechselt und – wir werden ja oft zu Eile genötigt – nicht mehr an die Karte gedacht hat. Und schon schnappt die Mausefalle zu: Undifferenziert wird der Korrekte wie ein Betrüger gewissermassen kriminalisiert, muss einen dreistelligen Betrag zahlen und kommt für zwei Jahre auf die «Schwarze Liste». Natürlich heisst es dann, dass man gerechterweise alle

Städtische Abstimmungs-Parole

vom 30. November 2014

Verordnung über die Zürcher Ausnüchterungs- und Betreuungsstelle (ZAB)



Nein zu Klassengrösseninitiative und Gegenvorschlag

ZB. Die Klassengrösseninitiative verlangt, dass eine Klasse auf nicht mehr als 20 Schüler enthalten darf. Alle Klassen im Kanton Zürich, die mehr als 20 Schüler aufweisen, müssten demnach verkleinert werden. Der Gegenvorschlag geht etwas weniger weit. Er gibt keine konkrete Klassengrösse vor, sondern möchte den kantonalen «Reserve-Pool» von zurzeit 160 Lehrstellen um 100 auf 260 aufstocken.

Die Klassengrösseninitiative ist starr und erschwert den Schullatag. Wird die Höchstzahl von 20 Schülern pro Klasse überschritten, müssten einzelne Schüler in andere Schulhäuser umgeteilt oder Klassen aufgeteilt werden. Es kann so sein, dass Klassen bei Neuzuteilungen nach einem Jahr wieder auseinandergerissen werden müssten. Auch eine Veretzung in andere Schulhäuser kann bei kleineren Gemeinden die Folge sein. Für die Schulen bedeutet das einen erheblichen Mehraufwand und auch für die betroffenen Schüler und

Schulklassen ist es unbefriedigend.

Die finanziellen Folgen sind enorm. Gemäss aktuellen Schülerzahlen müssten ungefähr 800 neue Klassen gebildet und 1350 Lehrpersonen zusätzlich ausgebildet werden. In Anbetracht der Lehrer- und Raumknappheit ist die Initiative, insbesondere für die Gemeinden, kaum zu bewältigen. Es entstünden – den Raumbedarf nicht eingerechnet – Mehrkosten von mindestens 120 Millionen Franken, wovon die Gemeinden 80 Prozent und der Kanton 20 Prozent tragen müssten.

Der Gegenvorschlag fordert ebenfalls Ressourcen, ohne eine Entlastung darzustellen. Die Aufstockung des kantonalen Pools um 100 Stellen bringt Mehrkosten von etwa 15 Millionen Franken mit sich. Damit kann keine Klasse tatsächlich entlastet oder verkleinert werden. Die Massnahme kostet also auch nur mehr, ohne zielführend zu sein.

Darum ein doppeltes Nein, sowohl zur Initiative wie auch zum Gegenvorschlag!

ohne Fahrausweis gleich behandelt muss. Bloss ist eine Gleichbehandlung dann ungerecht, wenn Ungleiches der «Verfehlung» zugrunde liegt; und da liegen eben zwischen der Absicht und dem Irrtum ganze Welten.

Mit etwas Menschenkenntnis und psychologischer Reife könnten die Kundenberater eben solche sein; im Zweifelsfalle lieber jemanden zu viel laufen lassen. Denn auch das Persönliche Abo mit Foto ist keine Lösung: Da bezahlt man auch, wenn man in den Ferien ist und es gar nicht braucht.

... zu den Fangeisen

Eine solche Drangsaliierung ist möglich, weil der Individualverkehr je länger

desto mehr mit Fangeisen gewidert wird: Immer mehr «Selbstschussanlagen» wachen darüber, dass man ja nicht ein paar wenige Kilometer zu schnell rollt oder noch – an Stelle einer riskanten Vollbremsung – bei Dunkel-gelb über die Kreuzung fährt; immer mehr Kreuzungen sind mit solchen den Autofahrer bedrohenden Kanonen bewaffnet. Und den Rest gibt man den Autofahrern mit dem Ansinnen, die Parkgebühren in vielen Teilen der Stadt auch in der Nacht und an Feiertagen auf das Niveau überteurer Parkhäuser anzuheben.

Wo leben wir eigentlich? In Zürich oder im einer Nostalgiekommune des Ostblockes?

LESERBRIEF

Ecopop-Initiative: Nein oder doch Ja?

Eigentlich ist es sonnenklar, dass ich die Ecopop-Initiative ablehne. Ich will doch nicht fremdenfeindlich sein (Bundesrätin Sommaruga im Tages-Anzeiger) ich will auch kein Verbrecher sein (Bundesrat Berset vor seinen Delegierten). Ich bin auch nicht dafür, dass 10 Prozent der Entwicklungsgelder für Familienplanung einzusetzen sind. Ein solches «Geschenk» in Entwicklungsländer kommt wohl kaum gut an und der Grund für hohe Geburtenraten liegt in den betroffenen Ländern doch eher in kulturellen Verhaltensmustern oder in wirtschaftlicher Not begründet. Kurz: Ich möchte keiner Initiative zustimmen, die für unser Land gefährlich ist und am Ziel vorbeischießt.

Und trotzdem kommen Zweifel auf, ob ich nicht besser ja stimme. Der Bundesrat tut doch so, als wäre alles in bester Ordnung. Wo stehen wir zum Beispiel derzeit mit der Umsetzung der beschlossenen Zuwanderungsbeschränkung? Ich stelle fest, dass sie nicht energisch genug angegangen wird. Fast täglich werden neue Ideen herumgeboten, so, als wäre das seinerzeitige Abstimmungsresultat lediglich eine «Modelliermasse». Und die zuständige Bundesrätin Sommaruga reist wieder durch unser Land mit einem Satz im Koffer: «Die

Ecopop-Initiative löst kein einziges Problem und ist fremdenfeindlich.»

In der Zwischenzeit muss der Bürger erleben, wie unser Land immer mehr auf den Weg in die Mittelmässigkeit geführt wird. Die Schweiz schrumpft geradezu, identitätsmässig, kulturell und finanziell. Schauen wir uns doch die eigene Gemeinde und die rund um uns herum an. Viele haben nur noch die Wahl zwischen Steuererhöhung oder höherer Verschuldung. Wesentliche Mehrausgaben stehen in direktem Zusammenhang mit der Zuwanderung: Sozial- und Integrationskosten, Kosten für Justiz- und Sicherheit, Spital und Bildung. Und die Tatsache, dass wir in vielen Bereichen Ausländer brauchen, um Ausländer zu «bedienen», belastet unser Land gleich doppelt.

Viele Schweizer haben einfach Angst. Angst, dass sie wegen dem exorbitanten Zustrom die Stelle verlieren oder aus der Wohnung geworfen werden und keine günstige mehr finden, oder auch davor, dass sie sich im eigenen Land fremd fühlen. Für viele dieser Mitbewohner sind die düsteren Szenarien – die von Politikern verbreitet werden, falls die Ecopop-Initiative angenommen wird – schon längst eingetroffen.

Karl Meier-Zoller, Effretikon

NEIN zum teuren und unnötigen Hardbrücke-Tram!

Am 30. November 2014 stimmt der Kanton Zürich über das Hardbrücke-Tram ab. Es geht um CHF 130 Mio. für 700 m Tramschienen! Und das in einer Zeit, wo Kanton und Stadt in Schulden versinken.

Zu teuer

130 Millionen Franken für 700 Meter Tram, das entspricht CHF 185 714 pro Meter. Das ist zu viel für ein kaum durchdachtes Projekt!

Zu gefährlich

Die geplante Linienführung wird zu einer Gefahrensituation wie bei der Glattalbahn führen. Zahlreiche Unfälle und Personenschäden sind absehbar.

Völlig unnötig

Die Hardbrücke wird bereits von drei Buslinien bedient. Wenn das nicht ausreicht, kann hier günstiger und effektiverer Abhilfe geschaffen werden.

Zürich-West wird abgeschnitten

Die ÖV-Angebote für die Quartiere Altstetten, Grünau, Höngg und Aussersihl-Hard werden verschlechtert oder ganz von wichtigen Dienstleistungszentren abgeschnitten.

Deshalb am 30. November 2014:

Hardbrücke-Tram NEIN

Mit einer Spende auf PC 80-2191-2 unterstützen Sie die Verteilung dieses Flyers. Herzlichen Dank für Ihre Mithilfe!